



FDP im Landtag fordert Bericht über blaue Wildwarnreflektoren

Seit drei Jahren testet das bayerische Innenministerium die Wirkung von blauen und blau-weißen Wildwarnreflektoren in Oberfranken. Der BJV wurde in dieser Zeit gebeten, von der Anbringung weiterer Reflektoren abzusehen. 2010 sollen nun die Ergebnisse des Versuchs präsentiert werden. Bereits kurz vor Weihnachten 2009 hat auch die FDP

im Bayerischen Landtag den Antrag gestellt, dass über das Projekt berichtet werden solle. „Des Weiteren ist darauf einzugehen, ob bei Anbringung entsprechender Reflektoren seitens der Landratsämter von einer Gebührenerhebung Abstand genommen werden kann“, so die Abgeordneten Karsten Klein und Thomas Dechant.

Red.

SPD fordert mehr Waffenkontrollen

Abgeordnete der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag haben den Antrag gestellt, die unangekündigten Kontrollen bei Waffenbesitzern zu verstärken und dafür nötigenfalls mehr Personal einzustellen. Ausdrückliches Ziel der Verschärfung des Waffengesetzes sei es gewesen, die Kontrollbefugnisse der Waffenbehörden zu erweitern, schreiben die Abgeordneten um Helga Schmitt-Bussinger, Mitglied des Innenausschusses des Landtags und Innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Sie kritisieren die Vollzugs-hinweise: „Die Gesetzesänderung der Großen Koalition wird unseres Erachtens durch das ‚Weichspülen‘ des bayerischen Innenministeriums quasi aufgehoben.“ Deshalb fordern sie, die Kontrolldichte zu erhöhen und zu überprüfen. Wo nicht ausreichend Personal vorhanden sei, „müssen die Planstellen entsprechend aufgestockt beziehungsweise durch den Staat entsprechende Finanzmittel für eine solche Aufstockung bereitgestellt werden“.

Red.

SPD: Trophäen aus dem Staatsforst nicht mehr vorzeigen

Die Bediensteten des Unternehmens Bayerische Staatsforsten (BaySF) sollen von der Pflicht zur Trophäenvorlage bei der Hegeschau befreit werden – so fordern es Abgeordnete der SPD in einem Antrag an den Bayerischen Landtag. Die Abgeordneten um die SPD-Agrarexpertin Maria Noichl schreiben in ihrer Begründung: „Die Teilnahme der Bediensteten der Anstalt Bayerische Staatsforsten an den Pflichthegeschauen ist erwünscht. (...) Allerdings sollte dieser Personenkreis von der Pflicht entbunden

werden, eigene Trophäen vorzulegen, da die Vorbereitung der Trophäen für die Hegeschau extrem zeit- und auch geldaufwändig ist.“ Für die Revierinhaber soll die Pflicht aber bestehen bleiben.

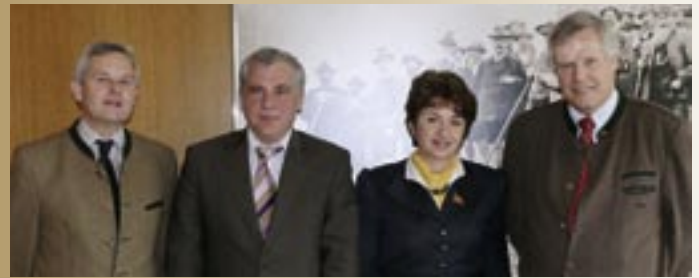
Red.



Foto: Kreisjagdverband Oberallgäu

DER PRÄSIDENT IM GESPRÄCH MIT...

Dr. Meglena Plugtschieva



Die guten Kontakte zwischen der bulgarischen und der bayerischen Jägerschaft aufgreifend, besuchten Dr. Meglena Plugtschieva, bulgarische Parlamentsabgeordnete und ehemalige Stellvertretende Ministerpräsidentin der Republik Bulgarien (i. Bild 2. v. r.), und Atanas Krastin, Generalkonsul der Republik Bulgarien (2. v. l.), das Feldkirchner „Haus der

bayerischen Jäger“. Im Gespräch mit BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke (r.) berichtete Dr. Plugtschieva von den neuesten jagdpolitischen Entwicklungen in Bulgarien. Um das „Europa der Regionen“ weiter zu stärken, wurde ein Ausbau der bereits am BJV-Jahresempfang 2009 initiierten Zusammenarbeit vereinbart.

MM

Dr. Georg Nüßlein, MdB

Bundestagsabgeordneter Dr. Georg Nüßlein, MdB (i. Bild 1.), und BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke (r.) trafen sich im Feldkirchner „Haus der bayerischen Jäger“, um sich zu den Bund-Länder-Angelegenheiten der Jagdpolitik auszutauschen. Im Zentrum des konstruktiven Arbeitsgesprächs stand die Forderung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH), die Zuständigkeit für die Jagd von den Unteren Jagdbehörden auf die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu verlegen: „Dies wäre ein katastrophaler Fehler“,

so Dr. Nüßlein, der die diesbezügliche Position des BJV in vollem Umfang unterstützt. Einhellig wurde festgestellt, dass es eine „Rolle rückwärts“ in Sachen Forstreform nicht geben dürfe.

Von der Erweiterung des Grünbrücken-Netzes bis hin zum Erhalt unseres bewährten deutschen Revierjagdsystems – zur Bearbeitung der zahlreichen bundesweit relevanten Jagdthemen wurde eine nochmals intensiviertere Zusammenarbeit zwischen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und dem BJV vereinbart.

MM





Jagdgesetz-Novellierung im Saarland

Die so genannte Jamaica-Koalition aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Saarland hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auch auf eine Novellierung des Jagdgesetzes geeinigt. Damit zeigt sich hier – nach Rheinland-Pfalz – wie sich der Föderalismus auf Jagdrechts-ebene im ungünstigsten Fall auswirken kann.

Das große Ziel der saarländischen Regierung lautet: „Wir werden den Naturschutz gegenüber dem Naturnutzgedanken stärken und priorisieren. Dies bedeutet zum Beispiel auch, dass artenschutzrechtlichen Bestimmungen aus dem Naturschutzrecht Vorrang vor konkurrierenden Bestimmungen aus dem Jagdrecht eingeräumt wird.“

Folgende Punkte sind im Rahmen der Jagdgesetz-novellierung im Saarland unter anderem vorgesehen:

- Abschuss von Hunden und Katzen abschaffen
- Jagdhundeausbildung am lebenden Tier abschaffen
- Fallenjagd abschaffen
- Einschränkung der Jagd in Naturschutzgebieten
- Abschaffung des Abschussplans für Rehwild, statt dessen Mindestabschusszahlen anhand von Waldzustandsinventuren
- Verlängerung der Jagdzeit auf den Rehbock
- Halbjährige Schonzeit für den Fuchs sowie Modellprojekt „Bejagungsverbot Fuchs“ in der Biosphärenregion Bliesgau
- Prüfung der Pachtfähigkeit örtlicher Jagdvereine
- Novellierung der Förderrichtlinie Jagd
- Einbindung aller saarländischen Jagdverbände in die für Jagdfragen zuständigen Gremien und in die Jägerprüfung

Die Einschätzung des BJV, dass die Bedeutung der Länderebene im Jagdrecht seit

der Föderalismusreform 2006 zentral ist, bestätigt sich damit vollauf – leider! Was CDU, FDP und Bündnis 90/Grüne in ihrem Koalitionsvertrag für das Saarland vorgelegt haben, ist für die waidgerechte Jagd, für die saarländische Jägerschaft und nicht zuletzt für das Wild eine jagdrechtliche Katastrophe.

Und es macht erneut deutlich: Auch andere Bundesländer sind vor ähnlichen Gesetzesänderungen nicht gefeit. Nur gut ausgestattete Landesjagdverbände können in einer solchen Situation rechtzeitig derartigen Unsinn verhindern. Eine Stärkung der jagdverbandlichen Länderebene ist vor diesem Hintergrund der einzig sinnvolle Weg und längst überfällig!

Der BJV hat sich mit zahlreichen anderen Landesjagdverbänden um eine solche Strukturreform innerhalb des Deutschen Jagdschutz-Verbandes (DJV) über zwei Jahre hinweg bemüht – ohne Gehör zu finden. Statt sich auf die neue jagdrechtliche Situation einzustellen, hagelte es aus Bonn Schmähungen und Hinhalteparolen. DJV-Präsident Jochen Borchert etwa sprach von einem „Trugschluss vor allem tief im Süden der Republik“ – eine Vogel-Strauß-Politik wie aus dem Lehrbuch. Aktuell führt der DJV eine Unterschriftenaktion gegen die „Zersplitterung des Jagdrechts“ durch, was als Feigenblatt für versäumte Reformchancen gewertet werden muss. Denn Protestnoten allein können Jagdgesetzänderungen in den Bundesländern nicht aufhalten. Vielmehr ist jetzt die vom BJV schon seit langem geforderte strukturelle Stärkung der Landesjagdverbände dringender gefragt denn je.

MM

Bayern in Berlin: Welche Abgeordneten sitzen in den Bundestagsausschüssen?

Drei Ausschüsse im Deutschen Bundestag befassen sich mit Themen, die auch die Jagd betreffen können: Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit 34 Mitgliedern, der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit 34 Mitgliedern und der Ausschuss für Inneres mit 37 Mitgliedern.

Fünf Abgeordnete im Landwirtschaftsausschuss stammen aus Bayern: Dr. Max Lehmer (CSU), Marlene Mortler (CSU), Heinz Paula (SPD), Rainer Erdel (FDP) und Alexander Süßmair (Die Linke). Der Umweltausschuss untersteht dem Vorsitz von Eva

Bulling-Schröter (Die Linke). Hier sind unter anderem die BJV-Jäger Josef Göppel (CSU) und Dr. Georg Nüßlein (CSU) Mitglied. Darüber hinaus stammen folgende Mitglieder aus dem Freistaat: Dr. Bärbel Kofler (SPD), Horst Meierhofer (FDP) und Hans-Josef Fell (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Innenausschuss ist mit einem Bayern als Stellvertretendem Vorsitzenden besetzt: Frank Hofmann (SPD). Darüber hinaus sind hier fünf Bayern vertreten: Michael Frieser (CSU), Stephan Mayer (CSU) und Dr. Hans-Peter Uhl (CSU), Gabriele Fograscher (SPD) und Jimmy Schulz (FDP). Red.

Bitte beachten:

Unterschriftenaktion des BJV im Internet unter www.jagd-bayern.de